

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 34. 39. Jg.

20. Aug. 1926

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. monatlich exkl. Zustellung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

**Redaktion:**  
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-  
schluß Montag. Telefon Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagort Schkeuditz.]

## Für die englischen Bergarbeiter!

Wie aus der bereits veröffentlichten Aufforderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes hervorgeht, hat der Generalrat der englischen Gewerkschaften angesichts der Fortdauer des schweren Kampfes, in dem die englischen Bergarbeiter seit über drei Monaten stehen, den Antrag gestellt, eine Sammlung der internationalen Arbeiterschaft zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter in die Wege zu leiten.

Die deutsche Arbeiterschaft wird trotz der schweren Notlage, in der sie sich seit über dreiviertel Jahren befindet, hinter den Arbeitern der anderen Länder in der praktischen Betätigung ihrer internationalen Solidarität nicht zurückstehen wollen. Sie hat von jeher in vorderster Linie gestanden, wenn es galt, ausländischen Kameraden im Kampfe beizustehen. Der Bundesvorstand wendet sich daher an alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, den englischen Bergarbeitern nach Kräften die erbetene Hilfe zu gewähren.

Der Bundesvorstand fordert hiermit die Ortsausschüsse auf, die Unterstützungsbeiträge der Mitglieder entgegenzunehmen und baldmöglichst an die Bundeskasse in Berlin zur Weiterleitung an den IGB. abzuführen.

## Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

### Erweiterte Bildungsaufgaben in den Gewerkschaften.

Von Adolf Blum.

Um so mehr wächst der Mensch zur höheren Geistigkeit, je mehr er den ernstesten Willen hat, zur objektiven Betrachtung aller Lebenserscheinungen und kritischen Würdigung der Menschheitswerte zu kommen.

Die Gewerkschaften wachsen immer mehr in die Aufgaben des Gesamtkulturlebens hinein, indem sie teilnehmen an den aufgehäuften, entwickelten und ungeklärten Verhältnissen unserer heutigen Wirtschaft, Gesellschaft und des Staates. Je deutlicher der Konfliktszusammenhang all dieser Teilgebiete im Gegenwartsleben hervortritt, um so mehr haben auch die beruflichen und gewerblichen Verbände über ihre speziellen Wirksamkeiten hinaus arbeitsteilzunehmen an den großen Sozial-, Wirtschafts- und Staatsproblemen, um Lösungsmöglichkeiten zur besseren Gestaltung der Allgemeinverhältnisse herbeizuführen. Eine großzügigere Art ihres künftigen Wirkungskreises in den kommenden umfassenden Kampfgebieten setzt an sich schon notwendigerweise eine Steigerung ihres geistigen Rüstzeugs voraus. Diese erweiterte und mehr in die Tiefe gehende Grundlage einer anzustrebenden solideren Bildung wird auch in den Berufs- und Gewerbeverbänden aus Gründen der Geltung, der Selbsterhaltung, Selbsthilfe und des Selbstschutzes gegenüber eigenen und gegnerischen großen Kampfgruppen, zwischen denen kleinere leicht Gefahr laufen, aufgerieben zu werden, notwendig. Aus dem zusammengegriffenen Kampfwillen der Gegenverbände, großenteils fußend auf der besseren Schulbildung ihrer Mitglieder und den akademischen Sekretären und Syndizi, muß auf unserer Seite die gestraffte Klassen-solidarität, das resolute Eintreten für die fortschrittlich soziale Idee ebenfalls auf Grund der erhöhten Bildungsstufe sich vollziehen. Die Erfüllung dieser Bildungsaufgaben muß — neben den anderen Aufgaben — in erhöhtem Maße bei den Teil- und Kleinverbänden einsetzen.

Aus diesen Erwägungen heraus muß auch unser Verband eine Entwicklung und Entfaltung des Wissens und der Bildung begünstigen und da dies genau genommen eine theoretische und praktische Vorbedingung zur Gesamt-Kampfausbildung ist, sie im verbreiterten Rahmen auf alle Stoffgebiete ausdehnen. Die in Köln auf die arbeitsrechtliche Seite geforderte und seitdem in vielen Artikeln der „Graphischen Presse“ durchgeführte Erweiterung wäre also nur als ein Teil einer gesteigerten Wissens- und Bildungstätigkeit anzusehen.

Es ist die große bestimmende Tatsache unseres heutigen modernen Lebens, daß sich die technischen, lebenspraktischen, wie die wissenschaftlichen Stoffe zu gewaltigen Komplexen anhäufen. Die geistige Meisterung dieser nimmt alle formenden und ordnenden Kräfte des Verstandes und der Aufmerksamkeit in Anspruch. Weit und Leben berühren sich täglich dichter mit

neuen Einsichten und Fragen, neue Tatsachen, Zwecke drängen sich auf, der Bewältigung harrend. Will der Mensch, wollen eine Mehrzahl Menschen sich in die sie vertretenden Interessenverbänden gegenüber diesem turbulenten Wirrwarr geistig behaupten, so hat er, bzw. haben die Interessenverbände die Pflicht, aus dem Trubel des Materials das Wichtigste, Wertvollste und Bedeutsamste herauszufinden und zum Verständnis zu bringen. Immer mehr zeichnet sich im öffentlichen Leben die Tendenz ab, lebendige Fühlung mit dem Lebenstempo und deren technischen Neuerungen, den wissenschaftlichen Errungenschaften und allen auftauchenden neuen Stoffen Einsichten zu halten, wenigstens soweit, um den Fortgeschrittenen in unseren Kreisen eine allgemeine Übersichtlichkeit und Urteilsfähigkeit und den Beantagten die geistige Beherrschung derzeitiger Wissens- und Bildungsmaterien gewinnen zu lassen.

Aber nicht nur die Kenntnis der Dinge des modernen Zivilisationsapparates und der heutigen Kultur hat der geistig Regsame unserer Kreise in sich aufzunehmen. Nicht weniger wichtig ist, daß er in der Geschichte des geistigen Seins früherer Zeiten sich vertieft, um ein historisches Verständnis sich anzueignen, ohne das der Mensch die großen Wissensgebiete der geistigen Erfahrung und des Wertwissens nicht zu nützen versteht und nur zum eigenen Schaden glaubt davon absehen zu können.

Neulich las ich in einem uns verwandten Gewerkschaftsblatt einen Artikel über Bücher und Bildung, worin der Verfasser eine strenge Unterscheidung vornimmt zwischen proletarischer und bürgerlicher Bildung. Über historische Bildung polemisiert er als von „weltgeschichtlichen Totenbeschwürungen und Mythologien vergangener Zeiten“. Mit philosophischen und religiösen Begriffen seien nicht die Dinge neu zu formen. . . . Der Artikler versteht unter bürgerlicher Kultur nicht etwa die Zeit, die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann und noch heute stark fortwirkende bzw. herrschende Bildungsrichtung, sondern wirft das gesamte nicht-proletarische, also die gesamte tausendjährige geistige Entwicklung als „bürgerlich“ in ein und denselben Topf. Auch faßt er alle diese Entwicklung und Bildungssumme als bewußten Kampffakt gegen die proletarischen Schichten. Er empfiehlt deshalb: alle Bande mit dem Vergangenen und Bestehenden abzubrechen und alles neu aufzubauen. Der revolutionäre Mensch müsse dialektisch das Heute meistern, damit das Morgen nicht durch die Reaktion beherrscht werde. Die Gewerkschaften hätten allein das Selbstbewußtsein, die Klassen-solidarität als Voraussetzung politischen Denkens und Handelns zu entwickeln, item: revolutionäre Verachtung des Hergebrachten und — last not least —: Menschen- und Wahrheitsliebe. (sic!) Ist im letzteren Sinne nicht auch der Bürger zuzusagen ein Mensch, den man erst verstehen lernen muß und dann erst, in seiner Gesamtheit als der uns gegenüberstehenden Klasse, bekämpfen kann? Die göttliche

Lebenskraft erfüllt alle nach gleichem Prinzip, in gleichem Sinn und Wort. Und so ist des Menschen Entfaltung und Entwicklung unabhängig zu machen von den Zufällen ererbten Besitzes und der gesellschaftlichen Konstellation. Der Kampf geht eigentlich nicht so sehr gegen den Bürger (blinder Haß), sondern im ehrlichen Kampf für unser Recht, indem wir geistbildend bewußt ins dieses erkämpfen, gleich wie es der Bürger gegen die adeligen Privilegien erkämpfte.

Man hätte keinen Anlaß, extrem-radikale Bildungsartikel aus einem andern Blatte zu erwählen, wenn nicht auch solche Ansichten in einem Teil unserer Mitglieder „lebendig“ wären. Der Begriff dieser Art Bildungsrevolution als ein fast gänzlich abbrechen mit allem Direkten und Vorhergegangenen, als ein direktes Lossteuern auf einen radikalen Gedanken- und Bildungsumsturz (doch wohl als Mittel zur Ausführung des praktisch-tätigen), also eine rein hirnliche Neugestaltung aller organisch-entwickelten Dinge des Geistes und des Lebens kann nur die Frucht verkehrtester Konsequenz sein. Es ist die uneingestandene Unlust, Unfähigkeit und Talentlosigkeit, eine notwendige Materie, die zum Wesen alles Wissens und aller Bildung gehört, zu meistern; es ist die Flucht aus der Fülle der Bildungsmöglichkeiten zur primitivsten Einfachheit und Einfalt; genau genommen, eine Vogelstraubpolitik, die durch geflüchtliche Ignorierung glaubt den Gegner außer Acht lassen oder gar aus dem Feld schlagen zu können.

Eine solche Ansicht leugnet alle Entwicklung; sie will ein Haus bauen, wo kein Grund steht. Statt des Überkommenen durch eindringende Kenntnis der Entwicklungsgesetze Herr zu werden, es durch eben diese Gesetzkraft zu überwinden, allenfalls das Vielgestaltigste des Stoffes und der Gedankenwelt zur großen Vereinfachung zu führen, mittels neu gesetzter Zweckziele zu ordnen und zu sichten, will Einsichtslosigkeit daran gehen, radikal Neues aus der Erde zu stampfen. Es gibt kein Beispiel in der Geschichte, also auch keine Möglichkeit heute, eine solche radikale Umkehrung der Dinge, notabene: innerhalb eines sich entwickelten Kulturkomplexes (Rußland ist es noch nicht) vorzunehmen. Die Kulturen sind allesamt durch organisches Wachstum entstanden, jede Bildung nahm das Überkommenen in sich auf und führte es weiter. Es ist ein Fluß: angefangen vom Grundgefühl der Primitiv-Menschen bis hinauf zur zivilisierten Vollendung. Einschaltung einer Zwischenkultur (das ist doch in letzter Konsequenz jenes radikale Verlangen und Vorhaben) ist unmöglich. Wohl gab es kürzere Perioden innerhalb einer Kulturentwicklung, in denen eine Neuorientierung sich fast ohne Einbeziehung des Überkommenen vollzog (französische und russische Revolution), aber nicht lange hielt diese Neuorientierung an, bald hatte das Überkommene sich mit dem Neuen vermischt, das Neue verwischt. Je radikaler die Neuformung einsetzte, desto baldiger kam die Reaktion. Eine neue

Kultur- und Bildungsform läßt sich nicht „machen“, sie „wird“ und kann durch Kenntnis ihres Werdens und ihrer Wachstumsgesetze geleitet und bewußt höher geführt werden. Eine Kultur, wie auch Geistesbildung ist nicht auszuordnen, um eine andere, radikal-neue aufzubauen. „So mußst du sein“, ihr (der Natur und Kultur) kannst du nicht entziehen — und keine Zeit und keine Macht der Welt zerstückt geprägte Form, die lebend sich entwickelt (Goethe).

Die Phasen der Entwicklung sind kaum zu überspringen. Aus dem Feudalsystem kam der Individualismus, nächstfolgend der Kapitalismus; aus diesen werden sich die Sozialformen entwickeln; eine Zwischenstufe ist etwa der Staatssozialismus. Über des allgemeinen Sozialismus Eintreffen in Form und Formentempo läßt sich streiten. Andererseits können aber bestimmte Vorbedingungen nicht umgangen werden. Eine gewisse Eingliederung auch der Arbeiterbewegung in Kultur, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in idealer Konkurrenz mit stark vorwärtstreibenden, also revolutionären Zielen, durch deren letztere die bestehenden Daseinsformen gewandelt (nicht abgeschafft) werden, ist die doppelwichtige Vorbedingung und Funktion auch der Gewerkschaften. Die Entwicklung durch geistige (also Bildungsmittel) und praktische Hilfe vorzutreiben, ist — neben den speziellen Kampfzwecken und -zielen — ihre einzige „Revolution“möglichkeit. Wie sich der organische Fortschritt eigentlich zwischen den Parteien vollzieht, so werden die Gewerkschaften gewissermaßen zwangsläufig mehr dem Organischen als dem Revolutionären folgen müssen, um den ihnen gewiesenen Platz in der Gegenwartsgeschichte zu erfüllen.

Wie im Praktischallgemeinen, so werden die Gewerkschaften auch im Geistigen das Organische voranstellen, aber doch mit dem Revolutionären zu verbinden suchen. Es wäre ein Verlust, eine geistige Verarmung, wenn die Gewerkschaften nicht auch bürgerliches Wissen und Bildung — abgesehen vom weitläufig Historischen — in sich aufnehmen und mit gesellschaftsrevolutionären Willen in ihrem Sinne verarbeiten. Wie die Gewerkschaftsarbeit gewissermaßen auf — die Unternehmer angewiesen ist, desgleichen die proletarische Bildung auf die bürgerliche. Der Individualismus schuf sein Werk, den Kapitalismus, auch was man bürgerliche Bildung nennen kann, ist meist sein Werk. Im Sozialstaat wird aus den chaotisch-anarchistischen Produktionsverhältnissen die Planwirtschaft; aus der „bürgerlichen“ Bildung aber wird keine einsichtig „proletarische“, sondern eine objektive und rein menschliche, die Vergangenheit und Gegenwart umfaßt. Denn der Sozialismus kommt als reine Menschlichkeit, nicht ausschließlich den Proletariern zu Liebe, als Volksherrschaft; er kommt als besserer Lebenszustand auch für den Proletarier, indem eben auch der Proletarier sein volles Lebensrecht und somit auch das Recht auf Bildung genießt.

Ob nun die rein geistig formalen Kräfte lediglich Überbau aus den materiellen Verhältnissen sind, ist Geschmackssache; mindestens sind sie es nicht in dem unkomplizierten, höchst vereinfachten üblichen Sinne. Die Elemente der Materie und des „Geistes“ wirken in tausendfältiger Art auf-, neben-, in- und durcheinander, so daß es als eine wissenschaftliche Preisboxeraufgabe erscheint, ob die Gans erst aus dem Ei oder das Ei aus der Gans kam. Dies ist gewiß ein ergebnisloses Beginnen und ähnelt dem Kreislauf der Katze um den heißen Brei. Wohl möchte der aufrichtig-ehrlich strebende Mensch auch hierin bis zum Grund dringen, doch kann die gefundene (mindestens unbewußt-vorausgesetzte) Lösungswahrheit nur eine relative sein, wenn sie nicht gar links- oder rechtsseitige Dogmenverfechtung ist. In Wahrheit aber folgt — philosophisch gesehen — das Weltgesehen auf großen Gebieten bisher noch unbeachteten und unbekanntem Gesetzen, deren Wirksamkeit vielleicht nicht zum geringsten Teil im Un- und Unterbewußten der Menschen liegen. In der freien Gewerkschaft können also der Geistesausbildung auch darin keine Grenzen gezogen werden; die Bildung ist in diesem Sinne kein Teilgebiet einer parteiproletarischen Bewegung, eher schon Teilgebiet der organisch-wachsenden Formgestaltung und Willensentfaltung, also des revolutionär-forelierten Fortschritts innerhalb des heutigen Kulturlebens. In diesem Betracht hat sich eine solche Geistes- und Willensbildung nicht als eng „proletarische“ zu bewerten; sie umschließt das Historische aller Zeiten, das klassische Altertum wie die „romantischen“ Klassiker, außerdem sämtliche „bürgerliche“ Gegenwartsbildung, soweit damit nicht die „Bildung“ des Spielers und Philisters gemeint ist.

Unsere Geistesbildung in der Gewerkschaft hat sich darum aufs Ganze unseres Kulturlebens zu erstrecken und nicht zu vereinsamen; sie hat aus der vollen Lebens- und Geistesquelle zu schöpfen, sich als echtes Schlingengewächs an allem empor zu ranken, was Licht, Luft, Sonne und Leben verspricht. So wird durch unserer geistigen Fortschritt in gewissem Sinne auch

unser materielles bedingt. „Proletarisches“, partei-einsichtiges Wissen und Bildung ist keine Macht. Nur schöpfend aus dem Allgemeinen wird sich eine Wissens-, Willens- und Geistesbildung in revolutionär-umwandelnden Machtansprüchen auswirken. Der Zusammenhang zwischen dem Bildungsspiel eines Berufs- und Gewerbestandes, der Gewerkschaft, mit dem Kulturorganen wird durch die Menschen geschaffen, muß also allgemeinmenschlich geschehen. Soll unser Berufs- und Gewerkschaftskampfziel Menschlichkeitswert bekommen, so dürfen wir neben unseren kleineren Zielen, auf kein Partei-, sondern auf das allgemein-sozialistische Kulturziel ausgerichtet sein. Zur notwendigen Ergänzung der gewerkschaftlichen und der sozialpolitischen Bildungsarbeit unseres Standes und der Klassen-solidarität, muß die allgemeine Kultur-Bildungsarbeit treten. Auch darin liegt noch genügend Spielraum gegenseitiger Durchdringung und Befruchtung sich rein organisch-entwickelnder und revolutionär-forcierter Geistes- und Willensbetätigung. Die richtige Synthese dieser beiderseitigen Bildungsarbeit vermögen die Gewerkschaften auch nur dann zu vollziehen, wenn sie die bildungsfreundlichen Tendenzen der Arbeiterbewegung im allgemeinen sich weder „human-bürgerlich“ noch extrem-radikal „proletarisch“ im obigen Sinne verunzugen lassen, sondern sie im Geiste wahrer „Menschen- und Wahrheitsliebe“, vermischt mit einem Tropfen demokratisch-revolutionären Öls zu leisten.

## Sind die Löhne zu hoch?

### Bemerkungen zu dem Aufsatz von Professor Lederer.

Der Aufsatz des Genossen, Professor Lederer, (siehe „Graphische Presse“ vom 23. Juli d. J.) scheint meines Erachtens einer Ergänzung zu bedürfen.

In einem Vortrag warf der englische Nationalökonom, Professor Pigou, die Frage auf, ob nicht die hohen Löhne in England die Ursache der Krise seien. Da die deutsche Wirtschaftslage mit der englischen sehr viel Ähnlichkeit hat, prüft nun Professor Lederer obige Formel, daß die hohen Löhne die Ursache der Krise sei, auf ihre Richtigkeit hin. Hierbei unterläuft dem Prof. Lederer ökonomische Unklarheiten. Sie sind der Anlaß zu den nachstehenden Ausführungen.

Prof. Pigou, gegen den Lederer polemisiert, vertritt folgende Ansicht:

Das Sozialprodukt ist die absolute Grenze für die Einkommensbildung. Eine Steigerung der Reallohne kann nur über die Vermehrung des Sozialproduktes erfolgen. Erfolgt eine Steigerung des Sozialproduktes nicht, d. h. werden nicht mehr Lebensmittel, mehr Textilwaren erzeugt, nicht mehr Häuser gebaut usw., so ist eine Erhöhung der Löhne nicht möglich.

Eine Änderung im Verteilungsschlüssel (der Verteilung des Einkommens) kann keine wesentliche Änderung bringen, denn der Luxuskonsum ist zu unbedeutend, um den Lohn erhöhen zu können.

Da nun das Sozialprodukt (die Konsumtionsmenge) beschränkt ist, so ist jede Wirtschaftspolitik abzulehnen, welche das Sozialprodukt noch verkleinert.

Kartelle und Monopole, die durch Einschränkung der Produktion ihre Gewinne erzielen, sind zu verwerfen.

Die Gewerkschaften sind abzulehnen, weil sie durch ihre Lohnpolitik (eine Lohnerhöhung wird immer gestellt, um eine bessere Lebenshaltung zu erreichen) das Sozialprodukt verkleinern. Ein hoher Lohnstand gestattet nicht die Gesamtheit der Arbeiter zu beschäftigen.

Prof. Lederer führte nun hierzu aus:

Kartell und Gewerkschaft sind einander nicht gleich zu setzen. Zwischen der preiserhöhenden Kartellpolitik und der Lohnpolitik der Gewerkschaften besteht ein Unterschied.

Wenn das Kartell die Produktion einschränkt, um die Preise erhöhen zu können, so wird tatsächlich das Sozialprodukt verkleinert.

Wenn aber die Gewerkschaft eine Erhöhung des Lohnes erzwingt, so liegt hier keine Verkleinerung des Sozialproduktes vor. Die Lohnerhöhung bedeutet nämlich für den Unternehmer nicht mehr als die Steigerung des Rohstoffpreises oder des Kohlenpreises. Und Erhöhungen der Produktionskostenelemente werden durch die Rationalisierung ausgeglichen.

Das Kartell hemmt die Entfaltung der Produktion. Die Wirkung: den Konsumenten bleibt nichts anderes übrig als den Konsum einzuschränken.

Die Lohnpolitik der Gewerkschaft hat aber die Tendenz, die Produktion der Gesamtvolkswirtschaft zu steigern. Denn eine Lohnerhöhung gibt den Antrieb für eine Verbesserung der Produktion, für eine zweckmäßigere Gestaltung des technischen Prozesses. Und die gesteigerte Massenkraft schafft zugleich den Markt, welcher die Produktion wieder aufnehmen kann.

Hier seien einige Bemerkungen eingeschaltet. Prof. Lederer übersieht, daß Lohnerhöhungen

nicht nur technische Veränderungen verursachen, sondern daß auch durch Lohnerhöhungen die menschliche Arbeitskraft selbst produktiver wird. Bei besserer Entlohnung nimmt die Freude an der Arbeit zu, die Leistungsfähigkeit steigert sich. Und diese Momente bewirken ebenfalls eine Erhöhung der Produktion. Oder ist es nicht so?

In der Polemik gegen Prof. Lederer sei gleich fortgefahren. Prof. Lederer übernimmt nämlich ohne weiteres die Ansicht des Prof. Pigou, daß die Steigerung der Reallohne nur über die Vermehrung des Sozialproduktes möglich sei. Streng ökonomisch betrachtet ist diese These auf keinen Fall haltbar. Wir wollen nicht bestreiten, daß die Größe des Sozialproduktes die absolute Grenze für die Einkommensbildung abgibt. Aber innerhalb der Größe des gegebenen Sozialproduktes, ist die Verteilung des Sozialproduktes auf die einzelnen Bevölkerungsschichten sehr verschieden. Nun wird gesagt, daß eine Änderung im Verteilungsschlüssel, also eine Änderung des Anteils der einzelnen Bevölkerungsschichten am Sozialprodukt keine wesentliche Änderung für die nichtbesitzenden Schichten bringen wird, denn der Luxuskonsum ist zu unbedeutend, um den Lohn „auch nur um einige Schilling“ zu erhöhen. Gegen diese Meinung müssen wir ankämpfen.

Untersuchen wir einmal die Dinge näher. Würde der Verteilungsschlüssel geändert, also würde der Luxuskonsum aufgeteilt, welche Folgen träten dann ein? Zugegeben, daß durch die Verteilung des Luxuskonsums die Lohnsumme des Arbeiters nur eine geringe Erhöhung erfährt. Aber schon eine geringe Steigerung des Reallohnes ist für den Arbeiter wertvoll, denn er gewinnt dadurch mehr an Lebensraum. Dies ist aber nicht das Wichtigste. Durch die Aufteilung des Luxuskonsums, der Veränderung im Verteilungsschlüssel, sind die Kapitalisten, die besitzende Schicht überhaupt, gezwungen, ihre Lebensführung zu ändern, und zwar sehr wesentlich zu ändern. Die hunderttausende Bedienstete, deren Dasein ausschließlich der Bequemlichkeit von einzelnen Menschen dienten, erhalten einen neuen Aufgabenkreis. War bisher ihre Beschäftigung volkswirtschaftlich wertlos, unproduktiv, ausschließlich konsumverzehrend, so wird sie, da sie nun in den Produktionsprozeß mit einbezogen werden, produktiv, damit volkswirtschaftlich schöpferisch. Diese neuen hunderttausend Arbeitskräfte sind nun innerhalb des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses produzierend tätig. Die Wirkung hiervon ist: das Sozialprodukt wird vermehrt. Die Folge: es steht mehr zur Verteilung bereit.

Wir sehen, daß eine Änderung im Verteilungsschlüssel, Luxuskonsum, eine gewaltige Veränderung der volkswirtschaftlichen, wie gesellschaftlichen Struktur mit sich bringt.

Kommen wir wieder auf Pigou und Lederer zurück. Pigou sagt: die Steigerung der Lebenshaltung ist nur durch eine vorhergehende Steigerung des Sozialproduktes möglich. Lederer nimmt diese These von Pigou vorbehaltlos an. Und gleichzeitig hält aber Lederer eine sofortige Erhöhung der Reallohne für möglich. Prof. Lederer widerspricht sich also. Denn wenn eine Steigerung der Lebenshaltung nur durch eine vorhergehende Steigerung des Sozialproduktes möglich ist, so kann doch nicht auch gleichzeitig eine sofortige Erhöhung des Reallohns möglich sein. Denn nach Prof. Pigous Ansicht, und Prof. Lederer schließt sich diesem Dogma an, muß doch der Erhöhung der Lebenshaltung eine Erhöhung des Sozialproduktes vorausgehen.

Wir aber sind der Ansicht (ohne daß wir uns in Widersprüche wie der Prof. Lederer verstricken) daß eine sofortige Erhöhung des Reallohns möglich ist, ohne daß vorher eine Vermehrung des Sozialproduktes erfolgt ist. Und eine sofortige Lohnerhöhung ist dadurch möglich, indem der Verteilungsschlüssel geändert wird. Was hat es für Wert, wenn das Sozialprodukt vermehrt wird und der Verteilungsschlüssel sich gleich bleibt? An den bestehenden Verhältnissen wird dadurch kein Jota geändert. Der Sinn des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes besteht darin, daß in dem Besitzverhältnis der Klassen generelle Umwälzung erreicht wird. Und das kann nur erreicht werden, wenn der Verteilungsschlüssel geändert wird. Eine positive Lohnpolitik ist die Lohnpolitik, die den Verteilungsschlüssel zu ändern sucht.

## Arbeitsmarktlage und Erwerbslosensfrage.

### Rede des Reichswirtschaftsministers anläßlich der 4. Sitzung des Bundesausschusses.

II.

Die Reichsregierung geht davon aus, daß bei der langdauernden Arbeitslosigkeit, die selbst bei einer neuen wirtschaftlichen Belebung noch keine erhebliche Abschwächung erfahren dürfte, nicht mit einer reinen Erwerbslosenunterstüt-

zung auszukommen ist. Nicht nur soziale, sondern wesentliche wirtschaftliche Momente machen es notwendig, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die wenigstens einem Teil der freigesetzten Arbeitskräfte zeitweise Beschäftigung geben könne. Es ist nicht richtig, wenn gesagt wird, daß bei einer längeren Arbeitslosigkeit die billigste und wirtschaftlichste Lösung des Arbeitslosenproblems die einfache Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung sei. Ganz abgesehen davon, daß durch die ruhenden Hände keine neuen Werte geschaffen werden, verliert in der langandauernden Stilllegung die Arbeitskraft der Millionen Arbeitslosen an Intensität und damit an wirtschaftlichem Wert; wobei noch überdies zu beachten ist, daß gerade wertvolle hochqualifizierte Arbeitskräfte durch Auswanderung verloren gehen können. Das Regierungsprogramm geht daher zunächst auf die Vorschläge des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages ein, die Notstandsarbeiten — wenigstens in dem Umfange zu fördern, daß die längere Zeit Erwerbslosen abwechselnd eine Zeitlang Beschäftigung finden. Um diesem Ziele näher zu kommen, sollen die Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge erhöht werden, wobei Voraussetzung ist, daß diese Mittel nur zu wirtschaftlich notwendigen Arbeiten verwandt werden.

Der Reichsfinanzminister hat sich bereit erklärt, neue Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge von reichswegen zur Verfügung zu stellen, nachdem der Haushaltsausschuß des Reichstages noch in einer seiner letzten Sitzungen die Ernächtigung erteilt hat, die etatsmäßig vorgesehenen 100 Millionen zu überschreiten, in der Erwartung, daß die Länder die gleiche Anstrengung machen. Diese neuen Mittel sollen in erster Linie zu Meliorationen, Flußregulierungen, Talsperren, Wasserkraftanlagen verwendet werden. Auch der Straßenbau soll Berücksichtigung finden, insbesondere wo es sich darum handelt, dem wachsenden Außenverkehr entsprechend, ein umfassendes Auto-Verkehrsstraßennetz zu schaffen. Es wird Aufgabe der eingesetzten Ministerialkommission sein, mit den Ländern und Gemeinden Vereinbarungen zu treffen, die die einheitliche Durchführung sichern.

Außer diesen neuen Mitteln hat sich das Reichsfinanzministerium bereit gefunden, weitere 30 Millionen der produktiven Erwerbslosenfürsorge zum Wohnungsbau für landwirtschaftliche Arbeiter zur Verfügung zu stellen, wodurch die ausländischen Arbeitskräfte, die sich in der landwirtschaftlichen Dauerbeschäftigung befinden, durch deutsche Arbeiter ersetzt werden sollen. Man hofft mit dieser Summe, wenn der gleiche Betrag von den Ländern erbracht wird, 10 000 neue Wohnungen schaffen zu können.

Schwieriger gestalten sich die Verhandlungen über neue Mittel, die dem Wohnungsmarkt zuzuführen sind. Die 200 Millionen Zwischenkredit für erstellende Hypotheken habe ich bereits erwähnt. Der preussische Wohlfahrtsminister teilte uns in den letzten Tagen mit, daß für Preußen — bei den anderen Ländern liegt es anders — die Stockung des Wohnungsbaues nicht auf den Mangel an erstellenden Hypotheken zurückzuführen sei, sondern auf die Schwierigkeit, die zweite Hypothek zu beschaffen. Die bereitgestellten Mittel der Hauszinssteuer reichen nicht aus, um die 100 000 Bauarbeiter in Preußen zu beschäftigen. Es müssen deshalb zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau aufgebracht werden. Die Reichsregierung hat bereits auch für diese Zwecke mit den Ländern zusammen neue Mittel bereit gestellt. Es darf erwartet werden, daß die Bautätigkeit in der zweiten Hälfte der Bauperiode in stärkerem Maße als bisher einsetzt, zumal auch die Industrie, die bisher mit Bauten zurückgehalten hat, nach der Umorganisation neue Bauaufträge herausgeben wird. Darüber ist die Reichsregierung einig, daß wir schon jetzt in diesem Jahre Vorsorge für die Aufstellung eines einheitlichen Bauprogramms für die kommenden Jahre treffen müssen.

Bei den weiteren Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung handelt es sich zweitens darum, nicht nur der gegenwärtigen Not der Arbeitslosigkeit zu steuern, sondern den Arbeitsmarkt auf die Dauer zu stützen. Es werden daher jetzt, in der arbeitsarmen Zeit, Projekte in Angriff genommen, deren Durchführung zwischen Reich und Ländern schon vereinbart, die aber teilweise auf eine spätere Zeit zurückgestellt waren, weil man angesichts der allgemeinen Kapitalknappheit nicht an den in- und ausländischen Kapitalmarkt heranreten konnte. In dieser Richtung ist zunächst der weitere Ausbau der Wasserstraßen geplant worden. Das Reichskabinett hat sich entschlossen, diejenigen Wasserstraßen, die bereits die Genehmigung des Reichstages erhalten haben, — sofern dies technisch und nach den vorliegenden Bauplänen ausführbar ist — beschleunigt weiter zu fördern. Dazu sollen Bauarbeiten, die für das Jahr 1927 vorgesehen waren, — soweit nur irgend möglich — schon in diesem Jahre vorweg in Angriff genommen werden. Eine besondere Erleichterung für die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet wird die verstärkte

Durchführung der Arbeiten am Kanal Hamm-Lippstadt bedeuten.

Die Verhandlungen mit den Ländern und den sonst interessierten Stellen über die Weiterführung des Mittellandkanals sollen von dem Reichsverkehrsministerium beschleunigt aufgenommen werden. Für den Fall, daß sich eine Einigung vor allem über die Frage der Erhaltungbeiträge ergibt, sollen die Arbeiten an der Hauptstrecke des Mittelland-Kanals zwischen Magdeburg und Peine sofort, also noch in diesem Jahre, aufgenommen werden. Außerdem war der Reichsfinanzminister damit einverstanden, daß schon jetzt die Vorarbeiten für den Südlügel begonnen werden. Die Reichsregierung hat ferner beschlossen, die Verhandlungen mit den Ländern wegen der Fortführung der Arbeiten am Rhein—Main—Donaukanal und am Neckarkanal so zu beschleunigen, daß die Mittel für diese Arbeiten — 9,7 Millionen — deren vorübergehende Sperrung aufgehoben ist, möglichst bald zur Verwendung kommen können.

Außerdem soll der Bau der Staubecken bei Ottmachau, durch das die Oder auch in wasserarmen Zeiten mit größerer Last befahrbar gemacht und daneben eine jährliche Erzeugung elektrischer Arbeit von mehr als 10 Millionen Kilowattstunden geschaffen wird, der Hansakanal und die Kanalisierung des unteren Mains in Betracht gezogen werden.

Auch der Küstenkanal Campe-Dörpen ist zu beschleunigen, zumal der Kanal jetzt schon als Meliorationskanal ausgeführt wird. Er wäre höchst unwirtschaftlich, wenn der Teil, der schon jetzt in Arbeit ist, später erneut in Angriff genommen, verbreitert und vertieft werden müßte.

Für die letztgenannten Bauten sind bisher im Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums Mittel nicht bereit gestellt. Handelt es sich hier doch um erhebliche finanzielle Belastungen für die kommenden Jahre. Außerdem bedürfen hierbei verkehrspolitische und wirtschaftliche Fragen noch eingehender Klärung. Das Kabinett hat sich aber entschlossen, die Vorarbeiten so zu beschleunigen, daß die Arbeiten in möglichst großem Umfange in Gang gesetzt werden können, sobald der Reichstag seine Zustimmung gegeben hat.

Von der Reichsbahn, zu der ich mich nunmehr wende, sollen die Linien fertiggestellt werden, deren Bau die Länder begonnen hatten und deren Beendigung durch das Reich auf Grund des Staatsvertrags über den Übergang der Staatseisenbahn auf das Reich von den Ländern verlangt wird. Hierzu hat die Reichsfinanzverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft rund 50 Millionen RM. unter besonders günstigen Zinsbedingungen zur Verfügung gestellt. Es handelt sich bei diesem Eisenbahnprogramm von rund 280 km Gleis, um Tunnelbauten, Schienenverlegungen sowie Hochbauten. In den Besprechungen ist erzielt worden, daß entgegen der ursprünglichen Absicht der Reichsbahn schon in diesem Jahre eine größere Summe verwandt wird; die Hauptsomme sodann im Jahre 1927. In gleicher Weise wie dieses 50-Millionenprojekt durch Zinsermäßigung ermöglicht wurde, soll durch Zinsverbilligung die Reichsbahn zur Herausgabe von weiteren Aufträgen im Gesamtbetrag von 100 Millionen RM. veranlaßt werden. Diese Zinsverbilligung ist darin begründet, daß für die die Beträge, die sonst nur der reinen Erwerbslosenunterstützung dienen, verwandt werden. Die Bauprogramme hierfür liegen fertig vor. Schon im Interesse der Verkehrssicherheit und der Wirtschaftlichkeit ist ihre baldige Aufnahme geboten. Durch die zusätzlichen Mittel wird das Gleisumbauprogramm der Reichsbahn erweitert. Die neuen Aufträge treffen vor allem die Eisenindustrie, die Holzindustrie, die Steinindustrie. Bei den vorgesehenen Brückenumbauten, Bahnhofserweiterungen, Werkstättenanlagen, Wohnbauten, wird die Baubranche Aufträge erhalten. Auch für die technische Ausrüstung des Fahrzeugparks ist ein größerer Anteil dieser Summe vorgesehen. Auf die Zustimmung des Verwaltungsrates darf wohl bestimmt gerechnet werden.

Die Elektrifizierung unserer Bahnen wird ebenfalls durch diese finanzielle Hilfe des Reichs gefördert werden.

Die Postverwaltung hat sich im Rahmen des Arbeits-Beschaffungsprogramms entschlossen, außer den Aufträgen, die im Etat vorgesehen sind, weitere für die Post dringliche Anschaffungen in dieses Etatsjahr zu verlegen.

Bei der Durchführung des genannten Bauprogramms wird versucht, im Rahmen der verfügbaren Mittel und der technischen Möglichkeiten, den besonderen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes durch Umstellungen in der zeitlichen Vergebung Rechnung zu tragen, d. h. also notleidenden Industrien beschleunigt Aufträge zu erteilen und Bezirke mit besonders großer Arbeitslosigkeit bei der Vergebung und Verteilung der Arbeiten in erster Linie zu bevorzugen.

Bei diesem großen Beschaffungsprogramm handelt es sich also nicht nur darum, bei vermehrten Notstandsarbeiten Erwerbslosen auch außerhalb ihres gelernten Berufes vorübergehende Beschäftigung zu geben, sondern vor

allem um die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeiter innerhalb ihres gelernten und geübten Berufes.

Die Grundlage für diesen gesamten Arbeitsbeschaffungsplan ist aber nur dadurch gegeben, daß sich das Reich oder die beteiligten Verwaltungen für diese werbenden Anlagen an den Anlagemarkt nunmehr wenden können. Noch vor einem halben Jahr konnten diese Wege nicht oder nur mit Gefahren für die übrige Wirtschaft beschränkt werden. Heute glaubt es die Reichsregierung verantworten zu dürfen.

Ich habe es immer bedauert, wenn in Kreisen der Wirtschaft und des Parlaments das in ihm begründete notwendige Gutachterorgan der Reichsregierung ungünstig beurteilt wird. Solche Urteile sind meist in der Unkenntnis der Arbeiten des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats begründet. Und dies ist wiederum darauf zurückzuführen, daß seine Verhandlungen zum überwiegenden Teil nicht öffentlich stattfinden und seine Einwirkung auf die endgültige Gestaltung der Gesetzentwürfe vielfach in einem sehr frühen Stadium erfolgt, so daß späterhin oft nicht mehr zu erkennen ist, welcher Anteil an den von der Reichsregierung und dem Reichsrat im Reichstag vorgelegten Entwürfen auf die Vorschläge des Reichswirtschaftsrats entfällt. In letzter Zeit hat sich dieses Bild allerdings zugunsten des Reichswirtschaftsrates verschoben. Nur wenige Stimmen hört man heute noch, die absprechend über den Reichswirtschaftsrat urteilen. Auch die Länder legen besonderen Wert auf die Gutachten des Reichswirtschaftsrats. Es hat mich gefreut, daß in einer Sitzung mit den Landesregierungen, der ich vorsah, sich alle Länder bis auf eines für den Reichswirtschaftsrat aussprechen. Es ist auch keineswegs so, wie die Kritiker des Reichswirtschaftsrats des öfteren bemerken, daß die Gutachten in der Regel mit einem Abstimmungsverhältnis von 12 zu 12 oder 14 zu 14 zustandekommen und infolgedessen für die Entscheidung der gesetzgebenden Körperschaften nicht nutzbar gemacht werden können. In vielen bedeutsamen Fragen hat der Reichswirtschaftsrat eine fast einheitliche Meinung, auch wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihrem Urteil auseinandergehen, ist für die Regierung wichtig zu erfahren, welche besondere Stellung jeder der beiden Teile zu dem Gesetzentwurf eingenommen hat. Mit ihrem Herrn Vorsitzenden bin ich auch der Meinung, daß es hohe Zeit ist, nunmehr den vorläufigen Reichswirtschaftsrat durch den endgültigen Reichswirtschaftsrat abzulösen. Denn die Arbeitsweise des vorläufigen Reichswirtschaftsrates entbehrt der gesetzlichen Grundlage. Ein endgültiger Reichswirtschaftsrat, der hoffentlich auch mit ihrer Mithilfe nicht eine zu große, arbeitsunfähige Körperschaft werden darf, wird sein Ansehen auch nach außen hin durch seine Arbeiten bald erhöhen. Er soll das maßgebende Gutachterorgan für die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften werden. Die schwierigen und umfangreichen Arbeiten für das zu erlassende Gesetz sind nunmehr soweit fortgeschritten, daß ich hoffe, den Entwurf im Herbst den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen zu können. Wenn keine erneuten Schwierigkeiten auftauchen, kann ich wohl annehmen, daß für den nächsten Jahrestag ihre Vertreter über die ersten Arbeiten des endgültigen Reichswirtschaftsrats berichten können, auch berichten von einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den übrigen Kreisen der Wirtschaft und der Regierung, denn ohne eine enge Zusammenarbeit wird es uns nicht gelingen, die gegenwärtige schwere Notzeit und auch die folgenden harten Jahre zu überwinden.

## Neuerungen in der Mutter-schaftshilfe.

Die Wochenhilfsgesetzgebung hat eine erneute Verbesserung erfahren.

Bisher hat die gegen Krankheit versicherte Wöchnerin und die Gattin des gegen Krankheit Versicherten zu den Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden einen einmaligen Beitrag in Höhe von 25 RM. erhalten. Und für vier Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft wurde Wochengeld gewährt. Das Wochengeld für die vier Wochen vor der Niederkunft wurde mit dem Tage der Entbindung fällig.

Folgende Änderung ist nun eingetreten (siehe Reichsgesetzblatt I, S. 407 oder Reichsarbeitsblatt Nr. 28, S. 246). Der einmalige Beitrag zu den Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden von 25 RM. kommt im Wegfall. An dessen Stelle wird jetzt gewährt: bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden Hebammenhilfe, Arznei und kleinere Heilmittel sowie, falls es erforderlich wird, ärztliche Behandlung; einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden in Höhe von 10 RM. Findet eine Entbindung nicht statt, so sind als Beitrag zu den Kosten bei Schwanger-

schaftsbeschwerden 6 RM. zu zahlen (nach der letzten Fassung waren ebenfalls 6 RM. zu zahlen). — Die Dauer des Wochengeldbezugs vor der Entbindung wird auf zwei weitere Wochen (insgesamt 6 Wochen) erstreckt, wenn die Schwangere während dieser Zeit keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt und vom Arzt festgestellt wird, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb sechs Wochen stattfinden wird. Irrt sich der Arzt bei der Berechnung des Zeitpunktes der Entbindung, so hat die Schwangere gleichwohl Anspruch auf das Wochengeld von dem in dem ärztlichen Zeugnis angenommenen Zeitpunkte bis zur Entbindung. Das Wochengeld für die Zeit vor der Entbindung wird nicht mehr mit dem Tage der Entbindung fällig, sondern kann mit jeder Woche abgehoben werden.

Die aufgeführten Verbesserungen treten mit dem 1. Oktober 1926 in Kraft.

Diese Neuerung ist um so höher einzuschätzen, da um sie ein harter Kampf nötig war. Im ersten Regierungsentwurf war nämlich die Herabsetzung des Wochengeldes und der Fortfall des Stillgeldes vorgesehen. Nur auf den Widerspruch der Sozialdemokratie und den Protest der Ärzte, der sozialen Wohlfahrtsvereinigungen ist es zurückzuführen, wenn der Reichsrat zur Ablehnung dieser Verschlechterungen kam.

Doch mit diesen neuen Verbesserungen darf der weitere Ausbau der Mutterschaftshilfe nicht stillstehen. Weitere Verbesserungen sind unbedingt nötig. So bedarf vor allem das Wochen- und Stillgeld, wie aber auch der einmalige Beitrag zu den Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden (auch der Beitrag, wenn eine Entbindung nicht stattfindet) einer ganz wesentlichen Erhöhung. Um aber eine Erhöhung des Wochen- und Stillgeldes und des Kostenbeitrags zu erreichen, wird es noch so manchen Kämpfes bedürfen. Augenblicklich sind die bürgerlichen „Volksvertreter“ für eine Erhöhung nicht zu haben. So haben die bürgerlichen Fraktionen bei den letzten Verhandlungen die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung des Wochen- und Stillgeldes abgelehnt.

Hoffen wir, daß wir in Deutschland bald die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens erleben. Das Washingtoner Abkommen sieht u. a. für die schwangere Arbeiterin, die in einem gewerblichen Betriebe, im Verkehrsgewerbe und im Handelsbetriebe tätig ist, eine gesetzliche Arbeitsruhe von je 6 Wochen vor und nach der Entbindung vor. Weiter enthält das Washingtoner Abkommen die wichtige Bestimmung, daß dem Arbeitgeber verboten ist, wenn eine schwangere Arbeiterin wegen der bevorstehenden Niederkunft ihre Arbeit niederlegt, ihr aus diesem Anlaß zu kündigen. Das Arbeitsverbot für schwangere erwerbstätige Frauen vor und nach der Niederkunft und das Kündigungsverbot für den Arbeitgeber ist unerläßlich. Nur durch solche Bestimmungen ist es möglich, daß die arbeitende Frau auf ihren Zustand und auf ihr Kind Rücksicht nehmen kann. — Die Angst, bei Arbeitsaufgabe die Arbeitsstelle zu verlieren und damit die Grundlage der Existenz, fällt damit.

Durch den Schutz, den die Arbeiterin so genießt, werden auch die überstürzten Wochenbetten verschwinden und damit all die

zahlreichen Krankheiten, die durch die überstürzten Wochenbetten hervorgerufen werden.

Die Gesundheit der Frau muß der Nation über alles gehen, denn: eine gesunde Frau, ein gesunder Nachwuchs; eine kranke Frau, ein kranker Nachwuchs!

## Feuilleton.

### 100 Jahre Bibliographisches Institut.

August 1826 — August 1926.

Motto: „Bildung macht frei.“  
Joseph Meyer.

Im August dieses Jahres sind hundert Jahre in das Meer der Ewigkeit entschwunden, seit im „grünen Herzen Deutschlands“, Thüringen, das „Bibliographische Institut“ gegründet wurde.

Der Begründer, Joseph Meyer, der vor 130 Jahren (1796) das Licht der Welt in Gotha erblickte, war eines Schuhmachers Sohn.

Auf Wunsch seines Vaters mußte, der zur Literatur neigende Sohn in Frankfurt a. M., Kaufmann werden. Nach seinen Lehrjahren kamen seine Wanderjahre, und diese führten ihn nach England, wo ihm aber das Glück nicht hold war.

Joseph Meyer kehrte nach seiner Vaterstadt Gotha zurück und gründete unter der Firma „Bibliographisches Institut“ ein Verlagsgeschäft. „Erfindung“ war, Bücher in Lieferungsabgaben erscheinen zu lassen, und er hatte damit Glück.

Das Verlagsgeschäft erzielte in kurzer Zeit solche Erfolge, daß Meyer bald in der Lage war eine Druckereifabrik mit dem Verlagsgeschäft zu verbinden.

Mehr als bescheiden waren freilich die Druckereianfänge; in einem Gartenhaus wurden zwei Handpressen aufgestellt und die Schriftformen lieferte eine Gothaer Druckerei. Meyer druckte sein „Korrespondenzblatt“, ferner eine Zeitschrift in englischer Sprache und dann folgte die „Miniaturbibliothek Deutscher Klassiker“, die später als „Groschenbibliothek“ Fortsetzung fand, und heute noch in „Meyers Volksbücher“ existiert.

Aber die zünftigen „lieben Kollegen“ in Gotha setzten schon 1828 die polizeiliche Schließung der Meyerschen Druckerei durch, weil Joseph Meyer „die Kunst nicht erlernt hatte“ und deshalb eine Konzession nicht erhalten konnte.

Meyer war kurz entschlossen und übersiedelte mit seinem „Bibliographischen Institut“ nach dem thüringischen Städtchen Hildburghausen an der Werra. Das geschah im November 1828 und schon am 9. Dezember stellte Meyer die erste Schnellpresse von Friedrich Koenig auf, der bald mehrere folgten.

Berühmt ist das Bibliographische Institut durch die Herausgabe von „Meyers Universum“ geworden, das mit prächtigen Stahlstichen illustriert, zeitweise in zwölf Sprachen erschien.

Die Texte hat Joseph Meyer meistens selbst geschrieben, und mir ist aus einem Heft, das das Bild des Schweizer Bundespalastes in Bern im

Stahlstich brachte, bekannt, wie ausführlich Meyer über die Schweizer politischen Verhältnisse schrieb, und wie er für die Schweizer Freiheit schwärmte.

Joseph Meyer war eben ein aufrechter Mann, Republikaner und Demokrat, und es braucht einem nicht zu wundern, daß Meyer, unter dem Druck der politischen Reaktion in Deutschland, den Plan faßte, das Bibliographische Institut in die Schweiz zu verlegen.

Als ein Glück für Deutschland muß es angesehen werden, daß dieser Plan nicht zur Ausführung gelangte.

Joseph Meyer hatte nicht nur einen Buchverlag, sondern gleichzeitig einen bedeutenden Kunstverlag eingerichtet. Nicht nur bedeutende bildende Künstler wie Ludwig Richter, Alfred Rethel, Wilhelm von Kaulbach — mit diesem Künstler hatte Joseph Meyer eine köstliche Auseinandersetzung, die ich, wenn ich sie mal bei einem „großen Umsturz“ finde, den freundlichen Lesern nicht vorenthalten will — beschäftigte Meyer, sondern auch die größten graphischen Künstler, hauptsächlich Kupfer- und Stahlstecher.

Außer dem „Universum“ war Joseph Meyers größtes Lebenswerk, das weltberühmte „Meyers Konversationslexikon“. Dieses Riesenwerk nahm die Zeit von 1839 bis 1855, also siebzehn Jahre, in Anspruch. 52 Bände mit zusammen gegen 4200 Druckbogen umfaßte die erste Ausgabe und enthielt Illustrationen in Holzschnitt, Kupfer- und Stahlstich, Lithographie und Steindruck.

Nach Vollendung war auch Joseph Meyers Leben beendet, denn ein Schlaganfall setzte am 27. Juni 1856, also vor siebzig Jahren, dem erst Sechzigjährigen ein allzufrühes Ziel.

Joseph Meyers Sohn, Hermann Julius, der vor hundert Jahren (1826) geboren, und seine Enkel, Arndt und Dr. Hans, setzten das große Werk fort.

Im Jahre 1874 wurde das Bibliographische Institut von Hildburghausen nach Leipzig, in den bekannten großen Druckpalast am Täubchenweg verlegt und stets erweitert.

Für uns graphischen Arbeiter muß ganz besonders der Wahlspruch des Begründers gelten: „Bildung macht frei!“  
J. Meier-Durst.

## Vom Büchertisch.

**Der Bauarbeiterschutz.** Richtlinien zu seiner Durchführung für die baugewerblichen Arbeiter. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6. Preis für Organisationsmitglieder brosch. 95 Pf., geb. 1,50 Mk.

Der Zweck des Buches ist, die Bauarbeiter zu einer stärkeren Mitarbeit bei der Bekämpfung der wichtigsten Gefahren ihres Gewerbes anzuregen. Es enthält Hinweise über die Bildung, Aufgaben und Tätigkeit der Bauarbeiterschutzkommission. Berücksichtigt sind weiter die Aufgaben, die der Betriebsvertretung in den Fragen des Unfall- und Gesundheitsschutzes zufallen. Als dann folgen Vorschläge zur Aufklärung der gesamten baugewerblichen, insbesondere der jugendlichen Arbeiter über Berufsgefahren, Maßnahmen zu ihrer Verminderung und Abstellungen von Mängeln auf Bauten. Es folgen Winke zur Durchführung von Mängeln unter Hervorhebung der dabei am häufigsten zutage tretenden Verstoße gegen die Bauarbeiterschutzbestimmungen. Der letzte Abschnitt behandelt die Bildung von Landeskommissionen, um alle im Bauarbeiterschutz tätigen Personen zu einheitlichem und erfolgreichem Wirken zusammenzufassen. Der Anhang enthält eine Anzahl wichtiger Bauarbeiterschutzbestimmungen des Reichs wie der Einzelstaaten.

Tüchtiger

## Steindruck - Maschinenmeister und Umdrucker

für Stein und Offset zum baldigen Eintritt gesucht.

Ausführliche Angebote an

Graphische Anstalt der Fried. Krupp A.-G., Essen.

## Erstklassigen XYLOGRAPH

in dauernde Stellung sucht  
Tehrtritz, Dresden-A., Pillnitzer Str. 10.  
Proben und Gehaltsansprüche erbeten.

## Alle Graphische Kunstanstalt Norddeutschlands mit modernster Einrichtung, sucht zwecks Erweiterung

erstklassige Farbätzer

welche auch Gutes in Schwarz leisten.  
Dauerstellung.  
Ewald Steinmetz & Co., Hannover,  
Lange Laube 5-6.

## Höhere Fachschule für das graph. Gewerbe an der Kunstgewerbeschule Barmen

Sonderkurse  
im Gesamtgebiet des Offsetdrucks  
Dauer 1-2 Monate, je nach Vorbildung.  
Prospekte durch Dir. Prof. Montenbruck

## Unsern lieben Kollegen Gustav Kalker

bei seinem Scheiden von hier ein herzl. Lebewohl und viel Glück in seinem neuen Wirkungskreise.  
Zahlstelle Solingen.

## Für Graphiker

ein praktischer Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klichsch.- u. Drucktechnik von Hans Eckstein. (Höchste Anerkennung der Fachpresse.)

Aus dem Inhalt:  
Die Wichtigkeit der Klichsch. nebst den näheren Bezeichnungen. Die Unterschiede und der Wertung des Holzschnittes - Strichätzungen - Autotypen - Galvanos und Stereotypen. Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? Ihre Technik. - Praktische Maßgabe. - Die Wirkung illustrierter Inserate. - Strichzeichnung mit Rasterkombination. - Positiv-Reliefschneidung. - Die Abnutzung der Klichschneidung und ihre Ursache. - Klichschneidung und Aufwahrung und dgl. mehr! Preis 2,60 Mk. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung Postcheckkonto Nr. 13 078 Conrad Müller, Schickenditz Leipzig, Augustastraße 8.

## 2 Photolithographen

suche ich per sofort oder baldigst.

Es kommen nur wirklich tüchtige Herren, denen gutbezahlte, angenehme Dauerstellung geboten wird, in Frage.

Wilhelm Stein, Düsseldorf, Jahnstr. 71.

Zentralarbeitsnachweis für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 13, II.

## Schwerbeschädigte Kartolithographen

zurzeit arbeitslos oder außerberuflich tätig, die gewillt sind, in einem größeren kartographischen Institut Mitteldeutschlands in Stellung zu treten, werden ersucht, sich bei der Geschäftsstelle des Zentralarbeitsnachweises, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 13, II sofort schriftlich zu melden.

Berlin, den 16. August 1926.

Alex. Czech, Geschäftsführer.

## Zinkdruckplatten Offsetplatten Zinkätzplatten

für Auto und Strich, prima Qualität

Karl Mees & Co. G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Str. 50. Fernspr. Mor. 12289.